

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

16. WP - 43. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Mai 2008, 13:15 Uhr,  
in Sønderborg

### **Anwesende Abgeordnete**

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Susanne Herold (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Präsentation der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“</b>	<b>4</b>
Berichterstatter: Abg. Rolf Fischer und Abg. Lars Harms	
<b>2. Bewerbung der Kommune Sønderborg als europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2017 unter Einbeziehung des deutsch-dänischen Grenzlandes</b>	<b>7</b>
<b>3. Grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit zwischen Flensburg, Aabenraa und Sønderborg unter Beteiligung der Minderheiten</b>	<b>8</b>
<b>4. Kulturabsprache der vier Kommunen Nordschleswigs hin zu einer Kulturregion Sønderjylland-Schleswig</b>	<b>10</b>

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 13:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Präsentation der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“**

Berichtersteller: Abg. Rolf Fischer und Abg. Lars Harms

Abg. Fischer und Abg. Harms stellen aus ihrer Sicht die jeweiligen Schwerpunkte der Ergebnisse der Kompetenzanalyse dar.

Herr Studen-Kirchner, der Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen, lobt die Initiative des Schleswig-Holsteinischen Landtags, die Kompetenzanalyse in Auftrag gegeben zu haben. Zur Studie selbst merkt er an, diese hätte seiner Ansicht nach sorgfältiger und wissenschaftlicher verfasst werden können. - Herr Johnsen, Historiker, betont, die Arbeit der Umsetzung dürfe nicht nur von der Minderheit ausgeführt werden, sondern daran müsse sich auch die Mehrheit beteiligen. Er weist auf die bestehenden Unterschiede zwischen der deutschen Minderheit in Dänemark und der dänischen Minderheit in Deutschland hin, vor allem im Hinblick auf die Repräsentation.

Abg. Harms betont, die Umsetzung der Empfehlungen betreffe nicht nur den Landtag, sondern auch kommunale Parlamente und Kreistage. Initiativen zur Umsetzung müssten dabei vor allem aus den Reihen der Minderheiten kommen. Es müsse aber auch eine Offenheit der Mehrheitsbevölkerung dafür geben. Der Grund für diese Öffnung dürfe nicht nur in der Tatsache liegen, dass es in Dänemark zahlreiche Arbeitsplätze gebe. Es sei nötig, konkrete Ziele zu entwickeln und der Mehrheit deutlich zu machen, dass sie in einer zweisprachigen Region lebe. Außerdem müsse die Mehrheit die Ziele mittragen.

Auf die Frage an Abg. Fischer, wie die Minderheiten es erreichen könnten, sichtbarer zu werden, führt dieser aus, er sehe sich nicht in der Position, den Minderheiten Empfehlungen zu geben. Diese müssten zunächst Gelegenheit haben, miteinander Konzepte zu entwickeln. Erst dann könne die Mehrheit sich beteiligen. – Kritisch sieht er die Frage, ob die Wirtschaft wirklich auf die Minderheiten zugehen müsse, weil es dort Kompetenzen gebe. Seiner Ansicht nach würden die Kompetenzen der Minderheit genutzt, wenn diese angeboten würden. Zu überlegen sei eine stärkere Anbindung von Minderheitenorganisationen an Wirtschaftsver-

bände. Der erste Schritt liege wieder auf Seiten der Minderheiten, die formulieren sollten, was sie anbieten könnten. Um das Interesse junger Menschen an Minderheitenthemen zu wecken, müsse man seiner Ansicht nach verstärkt auf die Bereiche Sport und Kultur setzen, in denen die Minderheiten eine Reihe von Kompetenzen hätten. Möglicherweise könne so auch das deutsch-dänische Grenzland eine Vorbildfunktion für andere Grenzregionen entwickeln.

Herr Petersen, ein Vertreter des Unternehmensverbandes der jungen Spitzen, bekräftigt, dass der Mehrwert der Minderheiten vor allem im kulturellen Bereich zu suchen sei. - Herr Student-Kirchner merkt an, dass in der Kompetenzanalyse besser hätte herausgearbeitet werden können, welche Bedeutung es hat, zwei Identitäten in sich zu verbinden, die Identität der Mehrheit und die Identität der Minderheit. Darüber hinaus betont er, dass die Jugend ein ganz entscheidender Faktor sei, da sie Progressivität, positive Impulse und neue Ideen einbringen könne. Dies müsse stärker genutzt werden.

Aus dem Publikum wird angemerkt, dass es wichtig sei, die in der Region vorhandene Stärke der Kombination zweier Kulturen nicht dadurch zu verlieren, dass junge Leute die Region verließen. Es müssten Anstrengungen unternommen werden, die Region auch für diese Leute so attraktiv zu machen, dass diese nach ihrer Ausbildung in die Region zurückkehrten.

Abg. Fischer weist zur Diskussion um die Bezeichnung Grenzregion darauf hin, dass diese Bezeichnung einem historischen Wandel unterliege und bereits eine lange Entwicklung zeige. Ihn interessiert, welche Erfahrungen in anderen Regionen mit zum Beispiel dem Begriff Euroregion gemacht worden seien.

Aus den Reihen des Publikums wird betont, dass ein wichtiger Befund der Kompetenzanalyse sei, dass Minderheitenkompetenzen einen Mehrwert hätten. Die Wahrnehmung dieses Mehrwerts dürfe sich aber nicht allein auf sprachliche Kompetenzen beziehen, vielmehr bestehe diese auch darin, dass die Angehörigen der Minderheit gewohnt seien, zwischen zwei Kulturen zu wechseln.

Des Weiteren diskutiert das Podium mit den anwesenden Zuhörern, ob die Minderheiten an Stellenwert verloren hätten.

Abg. Ritzek bedauert, dass die Kompetenzen der Minderheiten häufig nicht angemessen genutzt beziehungsweise überhaupt anerkannt würden.

Eine Vertreterin der Sorben aus der Lausitz lobt die Kompetenzanalyse als wichtiges Zeichen, welches man sich auch in ihrer Heimatregion wünsche. Besorgt zeigt sie sich über die Ab-

wanderung der kreativen Klasse aus den Grenzregionen. Diese Menschen müsse man zurückgewinnen, man dürfe sich nicht darauf ausruhen, mehrsprachig zu sein. Sie schlägt vor, den Schleswig-Holsteinischen Landtag zu bitten, die Kompetenzanalyse auch in Sachsen vorzustellen.

Diesen Vorschlag nimmt Abg. Fischer gern auf und regt an, die unterschiedlichen Regionen Deutschlands sollten eine gemeinsame Minderheitenpolitik entwickeln. Er betont darüber hinaus, dass es richtig sei, die Diskussion nicht nur auf die sprachlichen Kompetenzen der Minderheiten zu beschränken. Wichtig sei für ihn auch der Hinweis während der Diskussion gewesen, die Universitäten anzusprechen und Möglichkeiten zu ergründen, inwieweit diese sich aktiv bei der Nutzung der Kompetenzen der Minderheit beteiligen könnten.

Abschließend wird festgestellt, dass die sprachlichen Kompetenzen der Minderheiten auch Englisch umfassen sollten, da diese Sprache besonders im Bereich der Forschung und Zusammenarbeit der Universitäten sehr wichtig sei. Darüber hinaus besteht Einigkeit darin, dass die Ergebnisse der Studie jetzt umgesetzt werden müssten, da sie ansonsten wirkungslos blieben.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bewerbung der Kommune Sønderborg als europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2017 unter Einbeziehung des deutsch-dänischen Grenzlandes**

Herr Kleinschmidt, der Vorsitzende des Kulturausschusses der Kommune Sønderborg, berichtet über die zahlreichen kulturellen Einrichtungen Sønderborgs, zum Beispiel das Alsion, das einer der besten Konzertsäle Europas sei. Die Bedeutung der Kultur für die Kommune sei auch in einer Studie bestätigt worden, die von der dänischen Regierung erarbeitet worden sei. Darin werde bescheinigt, dass die Kultur Arbeitsplätze schaffe und die Lebensqualität in der Gemeinde erhöhe. Für die Etablierung von Unternehmen sei darüber hinaus das Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche sowie das Freizeitangebot für die Mitarbeiter ein entscheidender Faktor für die Ansiedlung. Als kulturelle Leuchtturmprojekte seien Sport, Musik und Geschichte für die Region besonders wichtig. Zur Unterstützung von kulturellen Projekten stehe der Kommune die nicht unbeträchtliche Summe von 16 Millionen dänischer Kronen zur Verfügung.

Mit der Kandidatur Sønderborgs als Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2017 wolle er sicherstellen, dass das kulturelle Engagement bestehen bleibe. Sønderborg selbst sei keine große Kommune, aber die Kandidatur solle auch für das Grenzland und Grenzlandprojekte gelten. Die Möglichkeit dieser Zusammenarbeit habe nur Sønderborg. Konkurrenten um den Status der europäischen Kulturhauptstadt für das Jahr 2017 seien unter anderem Århus und Esbjerg, das im Moment noch überlege, ob eine Kandidatur sinnvoll sei. Sønderborg selbst befinde sich zurzeit in der Planungsphase; man sei dabei festzulegen, welche Schwerpunkte man setzen wolle und welche in der Region ansässigen Unternehmen möglicherweise als Kooperationspartner gewonnen werden könnten.

Auf eine Frage des Abg. Müller betont Herr Kleinschmidt, die Resonanz in der Stadt sei gut. Das Engagement für die Kultur sei sichtbar. Es gebe jedoch auch verhaltene Reaktionen. - Auf eine Frage des Abg. Fischer nach der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit legt Herr Kleinschmidt dar, dass es bisher noch keine konkreten Gespräche zur Kandidatur gegeben habe. Die im Grenzland vorhandene kulturelle Vielfalt und der geschichtliche Kontext könnten mit einfließen. Man stelle jedoch im Moment noch Vorüberlegungen an. Mit dem Beginn der nächsten Förderperiode ab 2011 könne man eventuell einen konkreten Arbeitsplan entwickeln.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit zwischen Flensburg, Aabenraa und Sønderborg unter Beteiligung der Minderheiten**

Herr Nielsen, Fachbereichsleiter für den Bereich Kultur und Freizeit bei der Kommune Sønderborg, berichtet über die Zusammenarbeit zwischen Aabenraa, Sønderborg und Flensburg. Die Idee zu einer engeren Zusammenarbeit sei im Januar bei einem Treffen von Verantwortlichen der drei Kommunen entstanden. Gemeinsam wolle man Prozesse abstimmen und konkrete Projekte entwickeln und realisieren. Ziel der Zusammenarbeit sei nicht, Projekte wieder in Gang zu bringen, die schon existierten. Neue Projekte könnten den Arbeitsmarkt in der Region und kulturelle Projekte betreffen. Eine konkrete Zusammenarbeit könne auch zwischen der Region Syddanmark und Kiel stattfinden. Die Kooperationsvereinbarungen stünden dabei im Zusammenhang mit der Erkenntnis, dass es besonderer gemeinsamer Anstrengungen bedürfe, um die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region zu stärken. Das Ziel sei, eine grenzüberschreitende Kooperation zu schaffen, Vertrauen aufzubauen und umfassende Informationen auszutauschen. Die Kooperation solle dabei für die Bürger tatsächlich sichtbar sein und Vorteile für sie bringen. Man sei überzeugt, dass eine gemeinsame Strategie die gesamte Region stärken und besser auf zukünftige Herausforderungen vorbereiten könne. Die Kooperation solle eine Steuerkonferenz umfassen, die aus Bürgern und Politikern der teilnehmenden Kommunen bestehe. Darüber hinaus sollten Minderheiten bei den Sitzungen vertreten sein, die zweimal im Jahr stattfinden sollten. Ziel müsse es sein, sehr schnell konkrete Schritte einzuleiten.

Neben der Steuerkonferenz werde es eine administrative Lenkungsgruppe geben, die aus den kommunalen Direktoren, also den Verwaltungsleitern bestehe. Die Steuerkonferenz habe drei wichtige Handlungsfelder festgelegt. Zum ersten gehe es dabei um die Infrastruktur zwischen den drei Städten. Dabei spiele auch die Zusammenarbeit zwischen der Universität Flensburg und der Syddansk Universität sowie ein gemeinsamer Arbeitsmarkt eine Rolle. Als zweiten Bereich nennt Herr Nielsen das maritime Schleswig. Es gebe bereits eine Zusammenarbeit im Tourismussektor, die weitergeführt werden solle. Zum Beispiel könne man gemeinsame maritime Veranstaltungen organisieren. Weiterhin komme es darauf an, auch Touristen aus der Nähe anzulocken und zu zeigen, welche kulturellen Dinge es zu entdecken gebe. Als dritten Bereich nennt er das Projekt, den Energieverbrauch in der Region so weit zu senken, dass bis zum Jahre 2029 kein zusätzliches CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre entlassen werde. Schwierig gestaltet sich bisher noch die Suche nach einem Namen für die Zusammenarbeit, man habe

einen Wettbewerb ausgeschrieben und hoffe, bis zum September gute Zuschriften zu bekommen.

Auf eine Frage des Abg. Müller zu dem Projekt der CO<sub>2</sub>-Reduzierung führt Herr Nielsen aus, es gebe bereits mit Sonnenkollektoren und im Bereich der Windkraft erste Ansätze. Unternehmen arbeiteten an neuen Technologien zur intelligenten Nutzung, zum Beispiel die Firma Danfoss. Man arbeite unter anderem an Brennstoffzellen, die in jedes Einfamilienhaus passen sollten. Auch das Thema Wärmepumpen werde bearbeitet. Man hoffe, dass die Investitionen dafür sorgen könnten, nicht wieder in frühere Zeiten der Zivilisationsentwicklung zurückzufallen.

Auf einen Hinweis des Abg. Ritzek zur möglichen Konkurrenz verschiedener Kooperationsformen merkt Herr Kleinschmidt an, dass die finanziellen Mittel zur Unterstützung grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Tat endlich seien. Dies dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Gleichzeitig müsse man aber schauen, auf welche Inhalte sich die schon existierenden Kooperationen bezögen.

Herr Nielsen ergänzt, man habe beschlossen zu versuchen, INTERREG-Mittel anzuwerben, um die Kooperation anzuschieben. Im Bereich der Kultur und Freizeit gebe es einige Kooperationen, die außerhalb der jetzt etablierten lägen. Diese sollten nicht zerstört werden. Im Bereich der Energiekooperationen gebe es einige andere Zusammenschlüsse, zum Beispiel kooperiere Husum mit der Universität Kiel.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Kulturabsprache der vier Kommunen Nordschleswigs hin zu einer Kulturregion Sønderjylland-Schleswig**

Frau Barsøe, Kulturberaterin im Bereich Kultur und Freizeit, führt aus, man habe schon ein Jahr vor der Zusammenlegung der 23 Kommunen Süddänemarks zu vier Großkommunen damit begonnen, eine gemeinsame Identität zu schaffen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorzubereiten. Die vier Kommunen umfassten Sønderborg, Tøndern, Aabenraa und Haderslev.

Um personelle und wirtschaftliche Ressourcen am besten zu nutzen, hätten die vier Kulturausschüsse der Kommunen eine verpflichtende Kooperationserklärung abgegeben, in der festgelegt sei, dass man sich eine Kulturabsprache wünsche. Die Regierung in Kopenhagen habe dies genehmigt.

Frau Barsøe erläutert die Zusammensetzung der beteiligten Organe, bei denen es Steuerungsgruppen auf politischer und administrativer Ebene gebe. Wichtiges Ergebnis der Kooperation sei, dass man sich die Arbeit teile und alle sich verantwortlich fühlten. Qualitativ hochwertige kulturelle Angebote seien ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Ein weiterer Vorteil bestehe darin, dass durch die Kooperation auch Netzwerke und eine Gemeinschaft geschaffen würden.

Zur Finanzierung führt sie aus, dass sich das Kultusministerium zu einem substanziellen Teil an den Projekten beteilige. Während die Kommunen sich mit fünf Kronen pro Einwohner, also insgesamt 1,1 Millionen Kronen beteiligten, gebe das Kultusministerium noch einmal die gleiche Summe hinzu.

Im INTERREG-Projekt People to People gebe es insgesamt 75 deutsch-dänische Projekte, die insgesamt 55.000 Menschen betreffen. Die enge Vernetzung der Regionen führe auch dazu, dass die Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene gestärkt werde.

Die Zusammenarbeit zwischen den Regionen habe eine besondere Form des Respekts und der Demut hervorgebracht. Beide Seiten würden bei der Planung neuer Projekte von der jeweils anderen Seite mit einbezogen. Wichtig sei, nicht nur in Problemen, sondern auch in Lösungen zu denken. In der kulturellen Zusammenarbeit spielten auch die Minderheiten eine Rolle, da

diese bereits den Wechsel zwischen zwei Kulturen beherrschten. Aus diesem Grunde sei es auch wichtig, die bereits bestehenden Projekte zur Stärkung der kulturellen Intelligenz von Kindern und Jugendlichen weiter zu unterstützen. Kulturelle Projekte seien insgesamt ein Türöffner für Offenheit, Toleranz und Verständnis.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 16:45 Uhr.

gez. Astrid Höfs  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin